

31. August 2022

Beschlussantrag

von Fraktionen SP, Grüne, GLP, Mitte/EVP, AL

Die Unterzeichnenden beantragen, die Entschädigungsverordnung des Gemeinderates zu überarbeiten. Folgende Punkte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Angemessene Erhöhung der Entschädigung
- Einbindung in die berufliche Vorsorge (2. Säule)
- Sicherstellung von Krankentaggeldern
- Vergütung der Kinderbetreuung bei Kommissions- und Parlamentssitzungen
- Vergütung des behinderungsbedingten Assistenzbedarfs für die Ausübung des Mandats subsidiär zu den übrigen gesetzlichen Ansprüchen und Vergütungsleistungen
- Zurverfügungstellung eines persönlichen ZVV-Jahresabonnements für die Zone 110.

Begründung:

Die Arbeit im Gemeinderat ist aufgrund der Komplexität der Geschäfte im Laufe der Jahre aufwändiger und zeitintensiver geworden. Häufig ist eine Reduktion des Arbeitspensums unausweichlich.

Damit sich auch in Zukunft geeignete Personen für das Amt des Gemeinderates motivieren lassen und die Fluktuation im Rat reduziert wird, soll die Entschädigung wie obenstehend angepasst werden. Ein Gemeinderatsmandat darf nicht nur für diejenigen zugänglich sein, die es sich auch finanziell leisten können. Gleichzeitig soll eine zeitgemässe und faire soziale Sicherung der Parlamentstätigkeit angestrebt werden.

Im Weiteren soll durch den Anschluss an eine Pensionskasse sichergestellt werden, dass im Pensionsalter aufgrund der während der Ratszeit reduzierten Arbeitspensums, keine oder lediglich kleinere Rentenlücken resultieren. Die Parlamentstätigkeit soll ausserdem im Bedarfsfall zum Bezug von Taggeldern berechtigen.

Für Eltern, die während den Rats- oder Kommissionsitzungen eine Betreuung ihrer Kinder finanzieren müssen, gilt es ebenfalls eine geeignete Lösung zu finden, damit diese nicht eine weitere finanzielle Belastung aufgrund der Ausübung des Gemeinderatsmandates hinnehmen müssen. Dieselben Überlegungen gelten für Ratsmitglieder mit behinderungsbedingtem Assistenzbedarf, denen unter dem Strich ebenfalls kein finanzieller Nachteil durch die Ratstätigkeit erwachsen soll.

Schliesslich soll mit dem ZVV-Jahresabonnement für die Zone 110 die Anreise an die Sitzungen finanziert werden.

